



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Zum 21. Januar

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Und ist gar kein schwarzer Punkt vorhanden, so hilft die Phantasie aus, Andeutungen, Umschreibungen können jemand den Kredit untergraben, ohne daß ihm eine Waffe der Abwehr bliebe. Dazu ist es ja gerade diese Presse, die nach dem Muster der französischen die „innigsten“ Beziehungen mit allerlei „Gesellschaften“ unterhält, die das Zeitungswesen in die Region der zweifelhaftesten Industrieunternehmungen hinabgedrückt hat. Trefflicher Cornelius, der die eine Hand dem tapfern Boulanger, die andre dem Radikalen Clemenceau reicht und wahrscheinlich noch mehr Hände hat, um sich Einfluß zu sichern!

Wie lange werden sich die Deutschen diese Herrschaft noch gefallen lassen? Daß es nicht jedermanns Sache sein kann, sich aktiv am Kampfe zu beteiligen, haben wir schon zugegeben. Allein man unterschätze den passiven Widerstand nicht. Das schon oft ausgesprochene muß so lange wiederholt werden, bis es in Blut und Saft dringt. Erreichen unsre Gegner mit diesem Mittel, daß nur zu viele wirklich meinen, es sei ihre Menschen- und Bürgerpflicht, gegen ihr eignes Recht und Wohl zu arbeiten, weil auch so große Patrioten, wie die Herren Richter und Virchow, dieser Ansicht sind, so wird es auch wohl der Ausdauer gelingen, zum Bewußtsein zu bringen, daß es Selbstverrat ist, dem Feinde die Mittel zum Kriege zu liefern. Wer durchaus jüdisch werden will, dem muß man ja seinen Willen lassen. Aber frage sich nur jeder und beantworte sich aufrichtig die Frage, ob er das will! Blickt hin auf Polen und Ungarn!



Zum 21. Januar



n Sack und Asche trauern müßte an diesem Tage das französische Volk, statt nach dem unsinnigen Beschlusse des Pariser Gemeinderats, gegen den der Seinepräfect allerdings Verwahrung eingelegt hat, ein Denkmal zur Erinnerung an den Sturz des Thrones zu errichten. Der französische Königsthron ist ja auch nicht erst am 21. Januar 1793 gefallen, sondern thatsächlich schon am 10. August oder der Form nach am 22. September 1792. Am 21. Januar vor hundert Jahren fiel unter dem Beile des Henkers das Haupt des „Bürgers Louis Capet,“ weiland König Ludwigs des Sechzehnten, der damit die Schuld seiner Vorfahren sühte, nicht seine eigne, denn was er gefehlt hatte, war Schwäche, nicht böser Wille gewesen. Seit diesem Königsmord ist Frankreich niemals wieder zu einer festen Staatsordnung gelangt. Wenn das Bibelwort wahr

ist: „An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen,“ so muß der Baum, der seit hundert Jahren solche Früchte gebracht hat, ein recht fauler Baum auf recht schlechtem Erdreich sein. Dreimal hat Frankreich während dieser Zeit die Republik erlebt, zweimal ein militärisches Kaisertum, das in seiner zweiten Erscheinungsform unter Napoleon dem Dritten allerdings mehr eine demokratische Tyrannei als eine Militärherrschaft war, zweimal ist das Königtum, jedesmal durch fremde Waffen, wiederhergestellt worden, wobei die Veränderungen innerhalb dieser eben aufgestellten Staatsformen noch ganz außer Betracht geblieben sind. Wo liegen die Ursachen dieser Erscheinung, die in der Geschichte anderer europäischer Staatswesen nicht ihres gleichen hat, und die selbst in den unreifen mittel- und südamerikanischen Republiken trotz aller Umwälzungen nicht begegnet?

Nicht in der Revolution als solcher. Gewiß war die französische Revolution ein Rechtsbruch, aber die menschliche Entwicklung bewegt sich nun einmal sehr oft in Rechtsbrüchen vorwärts, denn alle menschlichen Einrichtungen sind aus einer bestimmten Lage der Dinge erwachsen und auf Befriedigung bestimmter Bedürfnisse berechnet. Sobald sie beiden nicht mehr entsprechen, also Vernunft Unsinn, Wohlthat Plage geworden ist, müssen sie geändert werden, und falls das durch Vereinbarung der Beteiligten nicht zu erreichen ist, tritt der Rechtsbruch ein, die Revolution, die ihrerseits wieder ein neues Recht schafft. Es ist dabei ganz gleichgültig, ob sie von unten oder von oben kommt. Eine Revolution war die Kirchenreformation des sechzehnten Jahrhunderts, aber sie wurde es nur, weil die römische Kirche die urevangelischen Gedanken Luthers nicht mehr ertragen konnte und daher ausstieß. Eine Revolution war es, wenn im siebzehnten Jahrhundert das Fürstentum seine Unumschränktheit durchsetzte und damit den ständischen Staat seinem Wesen nach brach, aber sie war notwendig, weil dieser ständische Staat nur das Interesse der herrschenden Stände berücksichtigte und nicht das Wohl des Ganzen, und weil die Herrschenden niemals gutwillig ihre Stellung aufgegeben hätten. Eine Fürstenrevolution warf im Jahre 1803 die Gebietsverteilung im deutschen Reiche über den Haufen, indem sie die geistlichen und reichsstädtischen Gebiete den weltlichen Staaten einverleibte, aber sie vollendete damit nur das unvollendet gebliebene politische Werk der Reformation, und eine zweite Umwälzung der Art stellte 1815 den politischen Besitzstand Deutschlands und Europas fest. Auf einer Revolution beruht endlich die Begründung des deutschen Reichs; nachdem alle friedlichen Mittel erschöpft und die entscheidenden Fragen durch das Frankfurter Parlament theoretisch völlig geklärt waren, mußte das Schwert die Entscheidung bringen, wenn die Nation nicht politisch verkommen sollte. Gegen alle diese Rechtsbrüche sind wohl immer zahlreiche Verwahrungen der Benachteiligten ergangen, aber niemals ist einer von ihnen rückgängig gemacht oder auch nur ernsthaft wieder in Frage gestellt worden,

sondern die weitere Entwicklung ist von dem neugeschaffnen Rechtsboden aus weitergegangen.

In der Thatfache also, daß die große französische Revolution ein Bruch des bestehenden Rechtszustandes war, kann an sich die Erklärung für die fortgesetzten Erschütterungen des französischen Staatskörpers nicht liegen. Obendrein sind die großen Umgestaltungen, die man unter jenem Namen zusammenfaßt, bis zum Abschluß der Verfassung des Jahres 1791 auf dem formell gesetzmäßigsten Wege von der Welt, nämlich durch Beschlüsse des Königs und der auf seinen Befehl gewählten gesetzlichen Volksvertretung zu stande gekommen. Die Zeit der Staatsstürche beginnt erst, seitdem die republikanisch gesinnten Girondisten ans Ruder kommen. Es sind nicht die Formen, es ist der Geist der französischen Revolution, der grundsätzliche und vorsätzliche Bruch mit der Geschichte, der für Frankreich verhängnisvoll geworden ist. Und dieser Bruch mit der Vergangenheit war zunächst ein Ergebnis der sogenannten Aufklärung. In ihrer dünkelfhaften Altklugheit wähnte sie, sie könne mit der „Vernunft“ ein neues, unbedingt und zwar für alle Völker, Zeiten und Kulturstufen giltiges Recht schaffen und nach Rousseaus Utopien auf dem Boden dieses uralten Kulturvolks einen völlig neuen, „vernunftgemäßen“ Staats- und Gesellschaftsbau aufrichten. Gern beriefen sich diese Theoretiker auf Nordamerika, und doch ließen sich weder die französischen Zustände mit den nordamerikanischen vergleichen, noch ist es den Nordamerikanern eingefallen, mit der Vergangenheit zu brechen. Sie rissen sich vom Mutterlande los, weil jede Ackerbaukolonie über kurz oder lang selbständig wird, aber sie bauten ihren Staat auf der demokratischen Gemeindeverwaltung auf, die seiner Zeit die englischen Ansiedler mit übers Meer herübergebracht hatten, und sie errichteten so mit bewunderungswürdigem Takt eine Verfassung, die trotz der riesigen, unaufhaltjamen Vergrößerung des Gebiets, der Bevölkerung, der Zahl der Gliederstaaten noch heute unverändert besteht und auch die schwerste Erschütterung, den Abfall der Südstaaten, siegreich überwunden hat. So ist diese ganz demokratische amerikanische Union ein höchst konservatives Staatswesen geblieben. Aus jener Theorie und aus dem falsch angewandten Beispiele Nordamerikas ergab sich auch für Frankreich der verhängnisvolle Grundsatz der Volkssouveränität, den schon die „Menschenrechte“ vom 4. August 1789 an die Spitze stellten. Gewiß beruht die Union auf demselben Grundsatz. Aber dort ergab er sich aus der Natur der Dinge und aus der strengen Gewöhnung dieser germanischen Menschen an eine mit zahlreichen persönlichen Opfern verknüpfte Selbstverwaltung der Gemeinde und der altenglischen Grafenschaft, und er hat auch später dort weniger Schaden angerichtet, weil die Staatsthätigkeit in Nordamerika überhaupt sehr beschränkt, die Staatsgewalt an sich daher schwach ist. Gewiß haben auch die beiden großen Kulturvölker des Altertums in ihrer Blütezeit ihre Staatsordnungen auf demselben Grund-

sage begründet. Aber *si duo faciunt idem, non est idem*. Auch die fortgeschrittenste griechische Demokratie, die athenische, war gegenüber der weit überwiegenden Masse der minderberechtigten Freien und der Sklaven thatsächlich eine Massenaristokratie, und die römische Republik, die das auch war, ist in ihrer größten Zeit nicht von den unberechenbaren Abstimmungen der Volksversammlungen gelenkt worden, sondern von dem hocharistokratischen Senat, also einer kleinen Anzahl vornehmer Geschlechter, die im Besitz einer politischen Erbweisheit ohne gleichen waren. Überdies waren alle diese Verfassungen auf verhältnismäßig kleine Menschengruppen, auf die Bevölkerung einer nach modernen Begriffen höchstens mittelgroßen Stadt oder einer wenig umfänglichen Landschaft berechnet, wo auch der Durchschnittsbürger recht wohl imstande war, die Verhältnisse und Fragen, über die er mitentscheiden sollte, zu übersehen, was übrigens auch von den schweizerischen Demokratien gilt, von denen Rousseau praktisch ausgegangen ist. Und doch ist die politische Lebenskraft dieser antiken Stadtrepubliken zwar ungeheuer energisch gewesen, hat aber, mit der Geschichte christlicher Völker verglichen, nur kurze Zeit vorgehalten. Vorbilder für ein so großes und so hoch kultivirtes Land wie Frankreich konnten also weder die so gern von den „Freiheitshelden“ nachgeäfften Römer und Athener, noch auch die Nordamerikaner bieten.

Freilich war es gerade bei den französischen Zuständen begreiflich, wenn die Idee von der Volkssouveränität vielen gebildeten Franzosen die Köpfe so verrückte. Das war der Rückschlag auf die Überspannung der monarchischen Gewalt und auf die Verquickung der Monarchie mit den Interessen der privilegierten Stände, des Adels und des hohen Klerus. Der hohe französische Adel hatte im siebzehnten Jahrhundert in selbstfüchtigem Interesse dem Königtum so hartnäckig widerstanden, daß dieses ihn nach dem Siege völlig aus der Staatsverwaltung hinausdrängte und seine neue Ordnung mit Beamten bürgerlicher Abkunft durchführte. *Le régime d'une vile bourgeoisie* nannte deshalb ein litterarischer Gegner Ludwigs des Vierzehnten dessen Regierung. Entschädigung suchte und fand seitdem der Adel im Dienste des Hofes; nicht ein thätiger, politischer Adel wurde der französische wie gleichzeitig der deutsche im Staate des großen Kurfürsten und anderwärts, sondern ein schmartzogender Hofadel. Das war ein Unglück für ihn selbst, für den Staat und für das Königtum. Denn in dieser Umgebung vergaßen die Bourbonen allmählich die Aufgabe der Monarchie, die harte Selbstsucht der Stände zu bändigen zum Wohle des Ganzen; es ließ die Bauern, die Hauptmasse der Bevölkerung, in ein beispielloses Elend hinabsinken und schien nur noch dazu da zu sein, den privilegierten Ständen die Möglichkeit zu sichern, ein Dasein zu führen wie die Drohnen im Bienenstock. Gewiß hat sich ein Teil des französischen Adels von solchen Anschauungen fern gehalten und ist erst durch den entsetzlichen Bauernaufstand des Jahres 1789 zur Verzweiflung, zur Auswanderung und

zur Verschwörung gegen sein Vaterland getrieben worden, aber eben so gewiß hat die große Masse der herrschenden Stände gedacht und gehandelt nach dem Grundsatz: après nous le déluge! und das Königtum hat das unterstützt. War es da ein Wunder, wenn der Gedanke Boden gewann, da das souveräne Königtum seine Pflicht so schlecht gethan hatte, diese Souveränität selbst für verderblich zu halten und die Souveränität dem Volke zuzusprechen?

Was bedeutete aber die Volkssouveränität thatsächlich in Frankreich? Sie bedeutete, daß die Entscheidung der allerwickeltesten und schwierigsten Fragen, die ein modernes Kulturvolk zu lösen hatte, der Form nach in die Hände ungebildeter Massen fiel, die kaum vorbereitet gewesen wären, eine kleine Dorfgemeinde zu verwalten, die seit Jahrhunderten an blinden Gehorsam gegen die Behörden gewöhnt waren, von der sie, als von einer irdischen Vorsehung, alles zu erwarten hatten, und die jetzt ihren Leidenschaften, Launen und persönlichen Wünschen die Zügel schießen ließen. Und weil damit kein Staat, und am allerwenigsten ein großer Staat in einer schweren Übergangszeit, regiert werden kann, so geriet die Leitung thatsächlich in die Hände einer verhältnismäßig kleinen Minderheit von gebildeten oder halbgebildeten Leuten, die durch Begabung, Leidenschaft und Dreistigkeit die andern zu beherrschen wußten. Bekanntlich waren die gerühmten „Freiheitshelden“ der Gironde und des Jakobinerklubs meist unreife junge Menschen in den zwanziger und dreißiger Jahren, die niemals auch nur das kleinste Gemeinwesen geleitet hatten und nun, den Kopf voll Rousseauischer Phantasien, sich vermaßen, einen neuen Staat zu schaffen; die bedeutendsten von ihnen waren kalte Fanatiker des Verstandes, allem unzugänglich, was nicht mit ihren Theorien übereinstimmte.

Aber daß sie die Herrschaft über ein Volk von vierundzwanzig Millionen an sich reißen und den Staat in der That nach diesen Theorien umgestalten oder wenigstens den Versuch dazu machen konnten, obwohl doch die ungeheure Mehrheit der Franzosen weder Jakobiner noch überhaupt Republikaner waren, sondern einfach Monarchisten blieben, das erklärt sich nur aus einem andern Ergebnis der Revolution, aus dem alles erdrückenden Übergewicht der Hauptstadt. Allerdings hatten schon die Jahrhunderte daran gearbeitet, dies Übergewicht zu begründen. Aber bis auf die Revolution hatte Paris doch immer noch ein schwaches Gegengewicht gefunden in den großen, historisch gewordenen, von Eigenart und Selbstbewußtsein erfüllten Provinzen. Erst die Revolution, und zwar gleich in ihrer ersten, verhältnismäßig noch besonnenen Zeit, hatte ohne irgendwelche hinreichenden Gründe, gegen die Meinung der bedeutendsten Männer, wie Mirabeau, lediglich aus Haß gegen das Bestehende, diese großen Körper in kleine Departements zerschlagen, in denen niemals ein landschaftliches Selbstbewußtsein aufkeimen konnte und sollte. Dieselben Menschen, die alles, was aus der alten Monarchie herrührte, ingrimmig haßten, hatten damit, ohne es zu merken, das Werk dieser Monarchie, die Zentralisation

Frankreichs, vollendet. Denn diese Landeseinteilung ist eine von den wenigen Werken der Nationalversammlung von 1789, die noch dauern. Als Bonaparte ans Ruder kam, stellte er auf dieser neuen Grundlage mit seinen Präfekten und Unterpräfekten die alte Verwaltungsordnung Ludwigs des Vierzehnten mit ihren Intendanten und *Sousdélégués* wieder her und schloß damit die Zentralisation ab. Eine wahrhaft freiheitliche Reform, wie sie in Ludwigs des Sechzehnten ersten Jahren Turgot wirklich plante, hätte das bereits vorhandne Übermaß der Zentralisation zurückbilden und die alten Provinzen auf dem Grunde einer ausgebildeten Selbstverwaltung, zu der der Stoff schon vorhanden gewesen wäre, zu großen, leistungskräftigen Körpern gestalten müssen. Statt dessen trat das Gegenteil ein. Die letzten Regungen provinzieller Selbständigkeit, die Aufstände in der Vendée und in einzelnen großen Städten des Südens, wurden von den Pariser Machthabern in Blut erstickt, und sie haben sich später nicht wiederholt. Wohl dachte man im Winter 1870/71 im Südosten, im alten Burgund, an eine besondere *ligue du midi*, und in dem Kampfe gegen die Pariser Kommune regte sich etwas wie ein Gegensatz der „Provinz“ zu der allmächtigen Hauptstadt; aber zu irgend einer Bedeutung kam das alles nicht. So ist seit hundert Jahren das einst so reiche geistige Leben der „Provinz“ verödet, alles Herzblut des großen und so bevorzugten, schönen Landes strömt in dem bezaubernden Stadtungeheuer an der Seine zusammen; was in Paris gefällt und beliebt, das hat unbedingte Geltung in ganz Frankreich; wer Paris hat oder die Regierungsmaschine überhaupt, der hat Frankreich. Nicht die wahre Stimmung des Volkes entscheidet also über sein Geschick, sondern bald eine eiserne Despotie, wie die Napoleons oder Gambettas, bald eine fanatisirte sozialdemokratische Masse, bald ein Haufe von korruptirten Advokaten, Journalisten und Börsenjobbern, wie heute in dieser neuesten „parlamentarischen“ Republik, die vorläufig noch ihr Leben fristet, weil noch niemand da ist, der ihrem ruhmlosen Dasein ein ruhmloses Ende bereitet. In diesem Zustande liegt die größte Gefahr nicht nur für Frankreich, sondern auch für Europa und besonders für Deutschland. Wenn es morgen einer Bande einflußreicher Schreier oder einem unbedenklichen Diktator in Paris beliebt, den Krieg vom Zaune zu brechen, so wird das die friedliche Stimmung des französischen Volkes so wenig hindern, wie im Juli 1870 oder im April 1792.

So ist die „Volksouveränität“ auf diesem seit Jahrhunderten unter den verschiedensten Formen immer despotisch regierten Boden nichts als eine ungeheure Lüge; sie ist die Krankheit, das schleichende Gift, das am Leibe des französischen Volkes zehrt, und sie wird das bleiben, so lange in Frankreich der Despotismus herrscht statt der wahren Freiheit, die nicht darin besteht, daß der Staatsbürger dann und wann irgendwo einen Wahlzettel in eine Urne steckt mit dem Namen irgend eines Menschen, den ihm irgendwer empfohlen

hat, sondern darin, daß jede Gruppe der organisirten Gesellschaft, die man Staat nennt, in dem ihr zukommenden Lebenskreise selbständig waltet und ihre Mitglieder zu selbstthätiger Mitwirkung, d. h. zum Gefühl der Verantwortlichkeit und zum Verständnis des unendlich vielgestaltigen öffentlichen Lebens erzieht. Daß dazu die Franzosen in absehbarer Zeit gelangen werden, dazu ist leider zu ihrem Unglück und zum Unglück Europas gar keine Aussicht. Es ist sogar die Frage, ob überhaupt eine so vielseitige Thätigkeit, wie sie der moderne europäische Kulturstaat jetzt mehr als jemals voraussetzt, mit Erfolg von einer Regierung geleitet werden könne, die auf der Souveränität des Volkes fußt, oder vielmehr, es ist keine Frage, daß dies unmöglich ist. Denn jede Regierung der Art steht auf schwacher Grundlage, auf der Grundlage der Volksstimmung, die naturgemäß raschem, oft plötzlichem Wechsel unterworfen ist; sie wird daher entweder schwach sein und wenig leisten, wie die heutige französische, deren Ministerien mit den unberechenbaren Mehrheiten einer künstlichen Kammer wechseln und vor lauter Sorge um ihren Bestand kaum ernsthaft dazu kommen, zu leisten, wofür sie das sind, oder sie wird despotisch sein, weil sie sich unsicher fühlt, und doch auch fallen, sobald sie einen großen Mißerfolg erleidet und das Vertrauen des Volkes verliert.

Trotzdem wird die große Lüge der Volkssouveränität in Frankreich fortbestehen und das ihrige dazu beitragen, weiter an dem politischen Verfall des unglücklichen Landes zu arbeiten. Denn das, was sie allein überwinden könnte, die Rückkehr zur erblichen, legitimen Monarchie (nicht etwa zum Bonapartismus, der ja auch auf der Volkssouveränität beruht), scheint völlig ausgeschlossen. Die Orleans haben niemals den kühnen Ehrgeiz besessen, der allein diese Krone gewinnen könnte; der alte monarchische Adel Frankreichs ist so gut wie vernichtet, und vor allem ist für die weit überwiegende Mehrheit der Franzosen alles, was vor 1789 liegt, tot und abgethan für immer, denn die Zeit des ancien régime gilt ihnen schlechtweg als eine Zeit des finsternen Despotismus, der ärgsten Knechtung, und für die wundervolle Mannichfaltigkeit der Lebensformen, die sich einst auf diesem Boden entfaltet, haben heute nur noch wenige hochgebildete Franzosen ein Verständnis; die andern stehen unter der Herrschaft der allmächtigen revolutionären Phrase, für sie giebt es keine Brücke hinüber aus der Gegenwart in die reiche Vergangenheit des Landes. Der Bruch mit der Geschichte ist vollzogen und seiner Natur nach unheilbar, denn eine verlorne Tradition läßt sich nicht wiederherstellen.

So wird sich voraussichtlich die politische Entwicklung Frankreichs weiter bewegen in dem öden Einerlei der Kämpfe um die Herrschaft über die Staatsmaschine und über die Hauptstadt. Ob das schließlich zum Zerfalle Frankreichs, zu einer neuen Eroberung, zu einer abermaligen Auffrischung des verdorrenden keltischen Blutes führen wird, wer kann das heute sagen?

Aber auch für uns Deutsche enthält der 21. Januar und was ihm vor-

ausging und folgte, eine ernste Lehre. Auch bei uns hat es Zeiten gegeben, wo der französische Gedanke der Volkssouveränität die politischen Kreise der Nation mehr oder weniger beherrschte, und im Katechismus mancher der heutigen Parteien wird er noch gehütet wie ein kostbares Kleinod, von dem man freilich jetzt möglichst wenig spricht. Im ganzen zwar ist die Gefahr, die darin lag, jetzt wohl überwunden, so weit sie nicht von der Sozialdemokratie her droht. Wir wissen, was wir an unsrer erblichen historisch gewordenen Monarchie haben, und wir wollen daran nicht rütteln lassen, denn sie vertritt die Macht und das gute Recht der Vergangenheit, der geschichtlichen Überlieferung gegenüber den wechselnden Strömungen der Gegenwart, und sie allein kann die Gegensätze beherrschen, die unser Leben zerklüften. Aber wir wollen eben so wenig an den andern Grundgedanken unsers Staatslebens rühren lassen, daß eine starke Volksvertretung jene ebenfalls berechtigten Bedürfnisse zum Ausdruck bringt und die Monarchie eben so wohl stützt als beschränkt. Denn der Absolutismus, an sich ein ganz ungermanischer Gedanke, den erst das römische Recht unserm Staatsleben eingepfist hat, ist für uns heute ebenso unannehmbar wie die Volkssouveränität, weil er ebenso wenig imstande wäre, das vielgestaltige moderne Leben zu beherrschen, wie eine auf jener Grundlage beruhende Regierung. Eine so persönliche Verwaltung wie die Friedrich Wilhelms des Ersten und Friedrichs des Großen ist heutzutage ganz undenkbar; selbst von dem Scharfblick und der unermüdlichen Arbeitskraft eines so genialen Monarchen, wie es Friedrich der Zweite war, konnte sie zuletzt nur mit der äußersten Anstrengung und nicht ohne die größten Härten festgehalten werden, und daß sie zu lange festgehalten wurde, das hat den preußischen Staat schließlich nach Genua geführt. Nicht durch eine injuria temporum ist diese Machtvollkommenheit der preußischen Könige nach und nach eingeschränkt worden, sondern durch die natürliche Entwicklung der Menschen und Dinge, und Friedrich Wilhelms des Vierten Regierung ist wesentlich deshalb so unfruchtbar an Erfolgen und so reich an schmerzlichen Enttäuschungen gewesen, weil der König das, was die fortgeschrittne Reife eines treuen und monarchisch gesinnten Volkes forderte, entweder gar nicht oder zu spät oder in Formen gewährte, für die seine Zeit gar kein Verständnis mehr hatte, da sie überlebt waren, und weil er alles, was seiner ganz doktrinären, dem wirklichen Leben abgewandten Staatsauffassung widersprach, kurzweg als „Revolution“ verdammt. Wie glanzvoll ist dagegen die Regierung seines Bruders Wilhelms des Ersten verlaufen, der sich bei allem monarchischem Selbstgefühl doch vollkommen ehrlich auf den Boden der gegebenen Verfassung stellte und selbständige Männer in seiner Umgebung ertrug! Denn auch die Minister dürfen heute nicht mehr willenlose Werkzeuge des Monarchen sein, wie im vorigen Jahrhundert. Der Begriff des blinden militärischen Gehorsams ist auf dieses Verhältnis nicht anwendbar, sondern es verlangt Männer von Selbständigkeit

der Überzeugung und der Gedanken. Vor allem gilt diese Forderung von der Volksvertretung, denn nur wer widerstehen kann, der kann auch stützen. Gewiß setzt die Verbindung einer starken Krone und einer starken Volksvertretung weises Maßhalten von beiden Seiten voraus, und ein Vertrauen auf die Gesinnung des andern Teils, das sorgfältig gepflegt und auch nicht einmal durch herausfordernde Worte erschüttert werden darf. Aber nur unter diesen Bedingungen wird das politische Leben unsers Volks gesund und vor den schweren Erschütterungen des französischen bewahrt bleiben.



Lothar Bucher

Eine Erwiderung von W. Gittermann



in Schorers Familienblatt stand kürzlich über Lothar Bucher ein Aufsatz, der so unwahre und verkehrte Angaben aus dem Leben des Verstorbenen enthält, wie es kaum glaublich ist. Das Wort *De mortuis nil nisi bene* hat ja in der Politik längst seine Giltigkeit verloren, und man kann es den politischen Gegnern Buchers nicht verübeln, wenn sie in ihren Nekrologen von ihrem Standpunkt aus mancherlei zu tadeln hatten. Aber auch seine schlimmsten Feinde mußten doch die über jeden Vorwurf erhabne Lauterkeit seines Charakters anerkennen. Um so peinlicher muß es daher berühren, wenn unter dem Deckmantel der Freundschaft von unbekannter Seite ein Zerrbild des Toten entworfen wird, das nicht entfernt mit dem leuchtenden Bilde übereinstimmt, wie es alle wirklichen Freunde Buchers im Herzen tragen. In einer kleinen Zeitung las ich unter den Gestorbenen des vergangenen Jahres auch: „Lothar Bucher, der Freund des Fürsten Bismarck.“ Die großen Massen haben wohl von der hohen Stellung und der politischen Bedeutung Buchers nicht viel gewußt, aber jedermann kannte ihn als „den Freund des Fürsten Bismarck.“ Dieses schöne Verhältnis zwischen dem alten Kanzler und seinem Rat wird nun in dem angeführten Artikel in der häßlichsten Weise verunstaltet.

Ich habe seit Jahren dem Verstorbenen nahe gestanden und glaube gerade über die letzten Jahre seines Lebens besonders gut unterrichtet zu sein. Daher darf ich mir wohl eine Berichtigung jener fragwürdigen Mitteilungen erlauben.

Buchers Bedeutung wird ja von dem ungenannten Verfasser nicht unterschätzt; aber muß nicht sein ganzes Bild getrübt werden, wenn der Verstorbene bei allen guten Eigenschaften als ein Mann hingestellt wird, der eifersüchtig seinen Einfluß beim Fürsten Bismarck zu wahren gesucht und jeden Besucher